



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: **Justiz- und Sicherheitskommission**
vom: 24. Oktober 2011
zur Vorlage Nr.: [2011-145](#)
Titel: **Evaluationsbericht zur Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung der Polizei Basel-Landschaft**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

betreffend den Evaluationsbericht zur Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung der Polizei Basel-Landschaft

Vom 24. Oktober 2011

1. Ausgangslage

a) Am 15. Januar 2009 stimmte der Landrat der Vorlage [2008/177](#) betreffend Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung zu. Mit dem gleichen Beschluss verpflichtete er den Regierungsrat, ihm ein Jahr nach Umsetzung der Optimierung Bericht zu erstatten.

b) Das Evaluationsverfahren innerhalb der Hauptabteilung wurde zwischen Frühling und Spätsommer 2010 durchgeführt, und am 21. Dezember 2010 unterbreitete die Polizei Basel-Landschaft der Sicherheitsdirektion ihren Bericht. Die von der Direktion erstellte [Vorlage](#) wurde nach einem offenbar vergleichsweise langen internen Mitberichtsverfahren vom Regierungsrat am 10. Mai 2011 zuhänden des Landrates verabschiedet.

c) Gemäss dem Evaluationsbericht können die ursprünglich formulierten Ziele der Optimierung¹ mit dem zur Verfügung stehenden Personal nur teilweise erfüllt werden. Abhilfe könnte mit der Schaffung von 15 zusätzlichen Sollstellen geschaffen werden.

d) Für Einzelheiten wird auf die [Vorlage](#) des Regierungsrates vom 10. Mai 2011 und den darin enthaltenen Evaluationsbericht der Polizeileitung vom 21. Dezember 2010 verwiesen.

2. Beratungen in der Justiz- und Sicherheitskommission

2.1. Organisatorisches

a) Die Kommission hat die Vorlage an ihren Sitzungen vom 22. August 2011, vom 26. September 2011 und vom 24. Oktober 2011 im Beisein von Regierungsrat Isaac Reber und von Stephan Mathis, Generalsekretär der Si-

cherheitsdirektion, beraten.

b) Die Vorlage wurde am 22. August 2011 von Polizeikommandant Daniel Blumer vorgestellt, der auch Fragen der Kommission beantwortete. Die ebenfalls eingeladene Regierungsrätin Sabine Pegoraro, Stellvertreterin des Vorstehers der Sicherheitsdirektion und bis 30. Juni 2011 selbst Sicherheitsdirektorin, musste sich wegen anderer Termine entschuldigen lassen.

c) Am 29. September 2011 hörte die Kommission eine Delegation des Personal-Verbands Polizei Basel-Landschaft an, bestehend aus Anton Lauber, Präsident, und den Herren Andreas Herrmann, Pius Pflugi und Mario Zonca. Seitens der Polizeileitung nahm Vizekommandant Christoph Naef Stellung.

d) Am 24. Oktober 2011 nahmen Regierungsrat Isaac Reber und Polizeikommandant Daniel Blumer nochmals abschliessend Stellung.

* * *

2.2. Ausführungen der Sicherheitsdirektion

a) Polizeikommandant Daniel Blumer erklärte, aufgrund der Resultate der Evaluation – u.a. mittels Fragebogen für die Mitarbeitenden und statistischen Auswertungen – habe sich die Gliederung in 3 Abteilungen (Sicherheitspolizei Ost/West und Planung&Einsatz) bewährt. Das Wochendetachment werde als positives Einsatzelement gewertet. Auch die zentrale Führung der mobilen Patrouillen durch die Einsatzleitzentrale haben sich bewährt; weiter haben die neuen Postenöffnungszeiten eingehalten werden können. Allerdings: Die Arbeitszeiten würden durch die Marbeitenden eher als Nachteil empfunden, während die veränderten Arbeitszeiten für den Dienstbetrieb eine Verbesserung bedeuteten.

b) Das Ziel, für eine unverändert hohe objektive Sicherheit zu sorgen, sei erfüllt; dies gelte aber nicht bezüglich des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung. Folglich müssten die Ziele den Ressourcen oder die Ressourcen den Zielen angepasst werden.

1 Erhöhung der Präsenz/Prävention und des Reaktionsvermögens der Polizei im öffentlichen Raum; Stärkung der Lokalen Polizei zugunsten lokaler Bedürfnisse; Sicherstellung eines möglichst wirtschaftlichen und effizienten Einsatzes der Ressourcen.

c) Erste Entlastungsmassnahmen wurden per 1. Mai und 1. Dezember 2010 eingeführt, nämlich: Reduktion des Einsatzes des Wochendetachementes auf Freitag bis Sonntag; Erhöhung der Anzahl Patrouillen der Mobilien Polizei zu Lasten der Pikettdienste der Lokalen Polizei; Anpassung der Dienstplanung an die Bedürfnisse der Mitarbeitenden. Diese Massnahmen stellten aber keine Dauerlösung dar, so die Polizeileitung, da die Entlastung für das Korps nur kurzfristig anhalten werde. Dies würde früher oder später wieder zur Demotivation und zu vermehrten Kündigungen führen.

d) Eine weitere Massnahme erfolgte per 1. Juni 2011 mit dem Start von vier Projekten in den Bereichen «Dienstplanung/Dienstbetrieb», «Prozessabläufe Planung & Einsatz», «Reduzierung des administrativen Aufwands» und «Führungs- und Kulturentwicklung».

e) Um die der Reorganisation zugrunde gelegten Ziele uneingeschränkt erreichen zu können, gebe es zwei denkbare Varianten:

1. Die Erhöhung des Personalbestands der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung um 15 zusätzliche Vollstellen. Dies hätte den Vorteil, dass die Präsenz und die Prävention im öffentlichen Raum erhöht werden könnten. Die Lokale Polizei könnte zugunsten lokaler Bedürfnisse gestärkt werden mit gleichbleibender Versorgungs- und Interventionsqualität. Der Nachteil bestünde im Bedarf an zusätzlichen finanziellen Mitteln in der Höhe von jährlich CHF 1,8 Mio.
2. Die Straffung des Polizeipostennetzes (Lokale Polizei), um die fehlenden Ressourcen zu kompensieren. Der Vorteil läge in der Vermeidung zusätzlicher Personalkosten von CHF 1,8 Mio. und in Einnahmen durch den Verkauf kantonaler Liegenschaften (Polizeiposten). Der Nachteil wäre, dass das Optimierungsziel zur Stärkung der lokalen Bedürfnisse durch die Lokale Polizei nicht erreicht werden könne. Die Schliessungen der Polizeiposten würden das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und der Gemeinden schwächen. Das Projekt Optimierung würde durch die Öffentlichkeit bei dieser Variante negativ beurteilt werden.

f) Die Sicherheitsdirektion beabsichtige deshalb eine Pensenerhöhung um 15 Vollzeitstellen bei der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung über die nächsten fünf Jahre mit jeweils drei Stellen pro Jahr. Die jährlich anfallenden Kosten würden pro Stelle CHF 120'000 betragen, d.h. ab 2016 wäre der jährlich wiederkehrende Mehraufwand CHF 1,8 Mio. Dazu käme ein einmaliger Aufwand für Ausrüstungen in der Höhe von CHF 150'000.

g) Laut Regierungsrat Isaac Reber habe die Reorganisation deutliche Verbesserungen gebracht: nämlich die Entwicklung von einer statischen zu einer dynamischen Organisation, der flexibles Reagieren möglich sei. Im Interesse der objektiven Sicherheit führe kein Weg zurück zum alten Zustand.

h) Der Polizeidienst sei anspruchsvoller geworden; entsprechend müssten Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeitenden besser werden. Die ersten Massnahmen zeigten bereits Wirkung. Anspruchsvoller sei auch der

Polizeiauftrag generell geworden: Der öffentliche Raum werde immer stärker genutzt, die Polizei werde immer öfter gerufen, nicht zuletzt zu Fällen häuslicher Gewalt. Auf die Polizei sei Verlass; aber dahinter stecke ein grosser Aufwand.

i) Der Ansatz der Polizei sei richtig und werde vom Regierungsrat gestützt: Um den Auftrag zu erfüllen, müsse die Polizei über genug Personal verfügen. Es sei aber richtig gewesen, zuerst die Strukturen zu reorganisieren und dann den Bedarf neu zu beurteilen.

* * *

2.3. Anhörungsrunde

2.3.1. Personalverband Polizei Basel-Landschaft (PVPBL)

a) Aufgrund einer Resolution des Personalverbandes der Polizei, welche dieser anlässlich der Mitgliederversammlung vom 6. September 2011 einstimmig verabschiedet hatte, entschloss sich die Kommission, eine Verbandsdelegation zur Anhörung einzuladen.

b) In der Resolution hiess es, der Landrat und die Regierung seien aufgefordert, die Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung «umgehend um 25-30 Vollstellen auszubauen». Im begleitenden Mediencommuniqué stand ausserdem: «Die aktuelle Stimmung im Polizeikorps zur Optimierung ist unbestrittenermassen und für jedermann erkennbar auf dem Nullpunkt.» Es müsse nun «sofort gehandelt werden, denn sonst stehe «für die Bürgerinnen und Bürger das Produkt 'Sicherheit' im Kanton auf dem Spiel.»

c) Der Personalverband betonte gegenüber der JSK, er habe schon zur früheren Vorlage über die Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung die These vertreten, es werde bald eine Optimierung der Optimierung brauchen und der Personalbestand reiche nicht aus. Als Folge dieser Befürchtungen verlangte der Landrat einen Evaluationsbericht. Jetzt, wo dieser vorliege, sei klar, dass sich die Annahmen des PVPBL bewahrheitet hätten.

d) Das grosse Problem sei der ungenügende Personalbestand. Die jeweils zehn Mitarbeitenden, die aus der uniformierten Polizei fürs Wochendetachment – ein bewegliches Einsatzelement, das nach aktueller Lage eingesetzt wird – abgezogen werden, stünden für die täglichen Polizeiaufgaben nicht zur Verfügung. Die Übriggebliebenen müssten für diese zusätzliche Aufgaben übernehmen und seien deshalb auch viel weniger an der Front als erwünscht. Zudem wirke sich die Personalknappheit massiv negativ auf die Dienstplanung aus. Deshalb seien zur Zeit ungewöhnlich viele Abgänge zu verzeichnen.

e) Der PVPBL lobt den Evaluationsbericht der Polizeileitung als gut und selbstkritisch. Allerdings beurteilt er den im Bericht geforderten Bedarf von zusätzlich 15 Vollstellen als nicht ausreichend; es brauche deren 25 bis 30.

2.3.2. Polizeikommando

a) Das Polizeikommando erklärte sich mit den Aussagen des Personalverbandes weitgehend einverstanden. Die Behauptung, dass die Stimmung «auf dem Nullpunkt» sei,

sei allerdings falsch. Damit werde nur die Haltung der Hardliner wiedergegeben.

b) Die im Evaluationsbericht geforderten 15 zusätzlichen Stellen stellten – unter Berücksichtigung der Finanzlage des Kantons – den Minimalbedarf dar. Würde der Bestand nicht aufgestockt, müssten die Öffnungszeiten reduziert werden. Wenn auch noch zusätzlich mehr Sichtbarkeit der Polizei (Community Policing) verlangt werde, reichten die 15 Stellen nicht aus, sondern es brauchte 20 bis 30 neue Vollstellen.

c) Vor der Einführung des Wochendetachements hatte die Polizei Basel-Landschaft gar keine Einsatzreserve für akute Fälle. Ein solches WoDet als mobiles, rasch verfügbares Einselelement sei nötig für eine moderne Polizei und müsse vor allem an Wochenenden verfügbar sein.

d) Als Folge der Evaluation habe die Polizeileitung mehrere Projekte zur Effizienzsteigerung lanciert (siehe 2.2.d). Die Projektgruppen, in denen alle hierarchischen Schichten vertreten sind, arbeiteten mit Hochdruck. Mitte September sei über den Stand der Arbeiten informiert worden; die Reaktionen aus dem Korps seien positiv gewesen. Definitive Massnahmen werden bis Ende 2011 kommuniziert und ab erstem Quartal 2012 umgesetzt; die landrätliche Justiz- und Sicherheitskommission wird darüber laufend informiert werden.

* * *

2.4. Diskussion in der Kommission

a) In der Kommissionsberatung wurde gelobt, dass der Bericht deutlich Bezug nehme auf die Situation der Mitarbeitenden. Die Polizeileitung betonte, auch vonseiten der Staatsanwaltschaft sei die neue Organisation für gut und praktikabel befunden worden. Sie sei aber, wie auch die Reorganisation der Stawa selbst, noch nicht gefestigt und braucht noch etwas Zeit.

b) Auf angebliche Probleme bei der Rekrutierung neuer Polizeimitarbeitenden angesprochen, hiess es von der Polizeileitung, gesamtschweizerisch nehme zwar nicht die Zahl, aber die Qualität der Bewerbenden ab; gute Leute seien jedoch, bei entsprechenden Bemühungen, weiterhin auffindbar. Auf der Ebene des Hitzkirch-Konkordats bestünden im Moment Bemühungen für eine Neukonzipierung der Polizeiausbildung: diese müsse in das Bologna-Modell eingebettet werden, um die Attraktivität des Berufs zu steigern.

c) In der Kommission wurde der tiefe Kostendeckungsgrad für die Polizei-Grosseinsätze an Sportveranstaltungen, namentlich Spielen des FC Basel, angesprochen. Diesbezüglich sollte neu verhandelt werden, hiess es. Zudem wurde diskutiert, ob nicht gewisse polizeiliche Aufgaben wie etwa die Gefangenentransporte ausgelagert werden könnten oder ob sich die Öffnungszeiten der Polizeiposten einschränken liessen. Es sollte geprüft werden, ob man für die Anzeigenerstattung unbedingt einen uniformierten Polizisten aufsuchen müsse bzw. ob das nicht auch telefonisch oder online möglich sein sollte. Polizeikommandant Daniel Blumer erklärte dazu, es laufe gerade ein Projekt, dass in allen Bereichen jene Tätigkeiten zu definieren seien, für die keine volle Polizeiausbildung

nötig ist, sondern die z.B. von einem Schreibbüro erledigt werden könnten.

d) Auf die Frage nach Abgängen im Korps antwortete die Polizeileitung, sie konstatiere eher eine leichte Abnahme der Kündigungen.

e) In der Kommission wurde gefordert, der Service public dürfe nicht weiter abgebaut werden. Geschlossene Polizeiposten machten die Leute unsicher und verleiteten sie zu Fehlverhalten. Der Polizeikommandant reagierte, bis jetzt seien alle Öffnungszeiten eingehalten worden. Aber neu gelte die Doktrin, dass, sollte es die Lage erfordern, ein Posten auch einmal zugunsten eines akuten Einsatzes geschlossen werden könne.

* * *

2.5. Eintreten

Eintreten war unbestritten.

* * *

2.6. Beschlussfassung

a) Alle Fraktionen sprachen sich für Kenntnisnahme des Evaluationsberichts aus. Es wurde betont, es seien nun einige Erfahrungen gesammelt worden, und aufgrund dieser bestehe weiterer Optimierungsbedarf. Es sei gut, dass diesbezüglich einiges aufgeleistet worden sei – man könne nun gespannt warten, wie es weitergehe.

b) Sicherheit im Alltag mache einen wesentlichen Aspekt von Lebensqualität aus, hiess es weiter: Die objektive Sicherheit sei gewährleistet, aber die Wünsche der Bevölkerung gingen oft weiter. Künftig sollten die neuen Technologien, z.B. für Online-Anzeigen, verstärkt genutzt werden.

c) Die Kommission empfiehlt der Polizei- wie der Direktionsleitung, die Anliegen des Personals ernst zu nehmen und hoch zu gewichten. Weitere überlastungsbedingte Abgänge und Ausfälle sollten vermieden werden. Die Kommission anerkennt und würdigt das Engagement des Polizeikommandos, Massnahmen zu prüfen und umzusetzen, wie die Effizienz gesteigert und die Belastung des Personals gemindert werden kann.

d) Die Kommission empfiehlt zudem, zu prüfen, wie die beabsichtigte Personalaufstockung um 15 Vollzeitstellen – was den Minimalbedarf abdeckt – allenfalls beschleunigt werden kann. Diese Aufstockung statt über fünf nur über drei Jahre zu staffeln, scheint der Kommission angebracht; dies umzusetzen, liegt allerdings in der Kompetenz der Polizeileitung bzw. der Sicherheitsdirektion. Dabei ist auch auf die Massgaben des Budgets und des Entlastungspakets zu achten.

e) Es wurde festgehalten, dass die vorgeschlagene Lösung kompatibel sei mit dem Entlastungspaket 2012-15.

f) Handlungsbedarf besteht nach Ansicht der Kommission vor allem noch an der Schnittstelle zwischen Kantons- und Gemeindepolizei. Dazu wird demnächst eine separate Vorlage erscheinen.

g) Einem Antrag, dass der Justiz- und Sicherheitskommission bis Ende 2012 wieder Bericht erstattet werden müsse über den weiteren Projektverlauf, wurde einstimmig zugestimmt.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat einstimmig, wie folgt zu beschliessen:

1. Der Evaluationsbericht betreffend Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung der Polizei Basel-Landschaft wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Justiz- und Sicherheitskommission ist bis Ende 2012 Bericht über den weiteren Projektverlauf zu erstatten.

Oberwil, 24. Oktober 2011

*Für die Justiz- und Sicherheitskommission:
Werner Ruff-Märki, Präsident*

Beilage: Landratsbeschluss (Entwurf)

Landratsbeschluss

betreffend den Evaluationsbericht zur Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung der Polizei Basel-Landschaft

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Evaluationsbericht betreffend Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung der Polizei Basel-Landschaft wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Justiz- und Sicherheitskommission ist bis Ende 2012 Bericht über den weiteren Projektverlauf zu erstatten.

Liestal,

IM NAMEN DES LANDRATES:

Der Präsident:

Der Landschreiber: